

Ausblick 2020: Gemeinsames Handeln?

Am 31. Oktober 2019 endete die vierte Plenarsitzung des 19. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Aus dem Abschlusskommuniqué zeigt sich einmal mehr, dass weitere Wirtschaftsreformen Chinas in Richtung auf eine liberale Marktwirtschaft nach westlichem Muster und weniger staatliche Ressourcen-Allokation nicht zu erwarten sind.

Chinas Außenminister Wang Yi und EU-Außenministerin Federica Mogherini auf dem G20-Außenministertreffen in Nagoya/Japan.



Foto: imago images / Alexander Shcherbak/TASS

Das Dokument macht deutlich, dass für die Partei in erster Linie Fragen der „Beibehaltung und Vervollständigung des sozialistischen Systems chinesischer Prägung sowie [über ...] die Förderung der Modernisierung des Verwaltungssystems und der Verwaltungsfähigkeit des Staates“ im Vordergrund aller Reformen stehen. Die in China in den letzten vier Jahrzehnten etablierte Mischform staatswirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Elemente im Wirtschaftssystem wird weiterhin dem Führungsanspruch und den Entscheidungen der Partei untergeordnet, mit wegweisendem Charakter für die nächsten 30 Jahre. Darauf müssen sich Wirtschaft und Politik in Deutschland und Europa auch weiterhin einstellen.

Was bedeutet dies mittelfristig für die deutsch-chinesischen Beziehungen und was erwartet uns 2020 mit Blick auf China? Wie kann eine für beide Seiten Vorteile bringende Zusammenarbeit gefördert werden?

Konfliktfelder nehmen zu

Fest steht: 2020 wird in vielfacher Hinsicht ein chinesisches Jahr für Deutschland und ein deutsch-europäisches Jahr für China: Die 6. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen stehen an, der EU-China-Gipfel ist für das Frühjahr 2020 geplant, und ein erster gesamteuropäischer Gipfel mit allen EU-Staats- und Regierungschefs und der chinesischen Führung wird im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im September 2020 in Leipzig stattfinden. Dies sind nur einige der politischen Termine, die Deutschland und Europa im kommenden Jahr mit einem ihrer bedeutendsten Handelspartner verbinden werden.

Dabei ist bei aller Partnerschaft, dem wirtschaftlichem Interesse und Austausch nicht zu übersehen, dass auch Konfliktfelder, zum Beispiel rund um die Beteiligung chinesischer Anbieter am 5G-Netzausbau in Deutschland und die Beteiligung europäischer Anbieter am 5G-Netzausbau in China, zunehmen und nicht mehr nur die Vorteile der Beziehungen betont werden können. Von beiden Seiten müssen die Einschätzungen realistischer werden. Und gerade für die Wirtschaft kann das an der einen oder anderen Stelle immer mehr zu einem Spagat zwischen wirtschaftlichen Interessen und öffentlicher Wahrnehmung werden.

Investitionsabkommen gut für beide Seiten

In der Wirtschaftspolitik haben sich beide Seiten den Abschluss des EU-China-Investitionsabkommens für 2020 vorgenommen. Nach dann sieben Jahren Verhandlungszeit und inzwischen 24 Verhandlungsrunden ist es hier auch deutlich an der Zeit, zu einer Übereinkunft zu kommen. Wir brauchen eine Stärkung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu China und müssen die weiterhin großen Chancen der Zusammenarbeit nutzen. Das Investitionsabkommen ist hier aus Sicht der deutschen Wirtschaft ein bedeutender Meilenstein, der zügig erreicht werden sollte, wenn auch nicht um jeden Preis.

China lässt Fortschritte bei der Öffnung seines Marktes für ausländische Unternehmen erkennen, aber das Investitionsabkommen soll den Marktzugang für europäische Unternehmen entscheidend voranbringen und die Transparenz erhöhen. Nur so kommen wir einem level playing field und einem gesunden Wettbewerb zwischen europäischen und chinesischen Unternehmen in beiden Märkten näher. Von einheit-

lichen Bedingungen im europäischen Binnenmarkt werden auch chinesische Unternehmen in Europa profitieren. Gleichzeitig können viele der aktuellen Herausforderungen für europäische Unternehmen in China in dem Abkommen geregelt und geklärt werden.

Handelsstreit beeinträchtigt Lieferketten

Der weitere Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit China sichert Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Umso wichtiger wird dies vor dem Hintergrund des Handelskonfliktes zwischen den USA und China. Sollten beide Seiten nicht die Zölle zurückfahren, prognostiziert der IWF für 2020 eine sinkende weltweite Wirtschaftsleistung um rund 700 Milliarden Dollar oder 0,8 Prozent. Langfristig für Unternehmen von größerer Bedeutung sind aber die Verschiebungen, die sich aus dem Konflikt für Lieferketten und Geschäftsaktivitäten ergeben. Die Europäische Handelskammer in China (European Union Chamber of Commerce in China – EUCCC) hat in einer Umfrage unlängst festgestellt, dass 67 Prozent der befragten europäischen Unternehmen in China Disruptionen ihrer Lieferketten beobachten. Von den Strafzöllen bei Exporten in die USA sind 35 Prozent der Unternehmen betroffen, und immerhin 15 Prozent der europäischen Unternehmen stellen aufgrund der Verunsicherung durch den Handelskonflikt ihre geplanten Investitionen in China auf den Prüfstand.

Für das Jahr 2020 sollten sich alle viel vornehmen: China sollte deutlich machen, dass es an einer Vertiefung der Beziehungen ernsthaftes und tiefgehendes Interesse hat. Europa wiederum muss zeigen, dass es nicht nur die manchmal unrunde Summe von Partikularinteressen einzelner europäischer Mitgliedsstaaten ist, sondern China gegenüber mit einer Stimme spricht. Deutschland sollte aktiv hieran mitarbeiten. Aus gemeinsamen europäischen Interessen muss gemeinsames europäisches Handeln werden. Es bleibt zu hoffen, dass der erste gesamteuropäische EU-China-Gipfel unter deutscher Ratspräsidentschaft mehr als nur ein Symbol für die europäische Einigkeit und die Zusammenarbeit mit China sein wird.

APA-Geschäftsführung China:

Ferdinand Schaff

f.schaff@apa.bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1409

Patricia Schetelig

P.Schetelig@bdi.eu / Telefon +49 30 2028 1532

www.asien-pazifik-ausschuss.de